

Sperrfrist: 05.12.2020

## Eine Willkommenskultur etablieren

### Aufnahme- und Integrationsbedingungen im „Sicheren Hafen Potsdam“

Beschlossen auf der Bündnissitzung am 12. November 2020

Infolge des wegweisenden Beschlusses „Sicherer Hafen“ im Jahr 2018 wurde das bundesweite Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ unter maßgeblicher Beteiligung der LHP bzw. des Oberbürgermeisters Mike Schubert und des Bereichs Partizipation und tolerantes Potsdam gegründet. Aktuell zählt das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ 79 Städte, die „sich als humanitäre Wertgemeinschaft mit hoher Kompetenz für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen (verstehen) und gegenüber der Bundesregierung ihr Angebot zur Unterstützung und zur zusätzlichen Aufnahme [bekräftigen].“<sup>1</sup>

Eine menschenfreundliche und weltoffene Migrations- und Flüchtlingspolitik gehören zum Selbstverständnis dieser Stadt. Das belegen viele Beschlüsse und Konzepte der vergangenen 20 Jahre (siehe Anhang).

In diesem Sinne nimmt der Beschluss vom 5. Dezember 2018 die lokalen Aufnahme- und Integrationsbedingungen in den Blick. Darin wird der Oberbürgermeister durch die Stadtverordnetenversammlung beauftragt „durch die Anweisung an die Ausländerbehörde Potsdam, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Geflüchteten in Potsdam dauerhafte legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven zu schaffen“<sup>2</sup>.

**Das Bündnis Potsdam! bekennt Farbe unterstützt die Landeshauptstadt in ihrer wichtigen Rolle als Koordinatorin des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“, als zentrale Fürsprecherin in der bundesweiten Debatte um die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen und in ihrem Bemühen um eine weltoffene Migrations- und Flüchtlingspolitik.**

Die durch das Bündnis Potsdam! bekennt Farbe gegründete AG Ausländerbehörde hat mit einem Bestandsbericht zur Lage in der Ausländerbehörde und mit einer Sammlung von Handlungsmöglichkeiten eine umfangreiche Grundlage geschaffen, um dem Auftrag zur Schaffung dauerhafter legaler Aufenthalts- und Lebensperspektiven nachzukommen.

Damit soll die Glaubwürdigkeit der Vorreiterrolle, die die LHP bundesweit eingenommen hat, gestärkt werden.

**Das Bündnis Potsdam! bekennt Farbe unterstützt den von der Verwaltung angekündigten neuen Leitbildprozess in der Ausländerbehörde und die von der Verwaltung angekündigte Erarbeitung von ermessenslenkenden Weisungen für die Ausländerbehörde, um Ermessensspielräume einheitlich und transparent im Sinne einer Willkommensbehörde und zugunsten der Adressat\*innen auszulegen.**<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe 1. Arbeitstreffen des Bündnisses „Städte sicherer Häfen“ vom 01.10.2019 ([https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/4-punkte-papier\\_1.\\_arbeitstreffen\\_rottenburg\\_01-10-19.pdf](https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/4-punkte-papier_1._arbeitstreffen_rottenburg_01-10-19.pdf))

<sup>2</sup> SVV-Beschluss 18/SVV/0878 vom 05.12.2018

<sup>3</sup> BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.)(2015): Modellprojekt Ausländerbehörden – Willkommensbehörden. Der Werkzeugkoffer für Ausländerbehörden, Arbeitswerkzeuge für die Entwicklung zur Willkommensbehörde, Paderborn (<http://www.migration.ramboll.de/unsere-themen/~media/F656182D4A9842DFBFE0383B54CA7A9B.ashx>)

Das betrifft insbesondere:

- die Förderung von Arbeitsmöglichkeiten durch prioritäre Behandlung und wohlwollende Prüfung von Anträgen auf Arbeitserlaubnis, Ausbildungsduldung und Beschäftigungsduldung
- die Ermöglichung von Bleibeperspektiven durch eine gezielte Beratung zu Mitwirkungspflichten durch die Ausländerbehörde
- die Erteilung von Aufenthaltstiteln bei gesetzlichem Anspruch auch während des Asylverfahrens (gem. § 10 (1) AufenthG)
- die Erklärung der Abschiebung als letztes Mittel - insbesondere bei Personen in der Jugendhilfe, für die ggf. Fallkonferenzen durchgeführt werden.
- die Förderung von selbstbestimmtem Wohnen mit der Erlaubnis eigener Wohnsitznahme und Abgabe einer positiven Bleibeprognose zur Erlangung eines WBS auch für Personen im laufenden Asylverfahren, mit Duldung und mit einer Aufenthaltserlaubnis unter 1 Jahr Gültigkeit.
- die Förderung der freien Wohnortwahl und eine wohlwollende und zeitnahe Prüfung von Anträgen auf Umverteilung und Aufhebung der Wohnsitzauflage zur Wahrung von familiärer Einheit unter besonderer Berücksichtigung des Kindeswohls
- die Ermöglichung von Familiennachzug durch Nutzung von Ermessensspielräumen, um dauerhafte Familientrennungen zu vermeiden, vor allem wenn ein Familienleben nur in Deutschland möglich ist.

Werden Entscheidungen und Antragsbearbeitung zügig, transparent und im Wohlwollen durchgeführt, können nicht nur die Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen von Migrant\*innen und geflüchteten Menschen im Sinne des öffentlichen Interesses in Potsdam grundlegend verbessert werden. Ebenso verringern wohlwollende, effiziente und auf einheitlichen Weisungen basierende Entscheidungen den Arbeitsaufwand und das Konfliktrisiko in der Ausländerbehörde.

Das Bündnis Potsdam! bekennt Farbe hat folgende Erwartungen an den internen Prozess der Ausländerbehörde:

- Vorlegen eines Zeit- und Umsetzungsplans
- Transparenz des Prozesses durch regelmäßige Begleitung durch die AG Ausländerbehörde
- Durchführung einer Abschlussklausur zu den Ergebnissen mit der AG Ausländerbehörde und anderen interessierten Bündnismitgliedern
- langfristig: Einrichtung einer Institution zur Erarbeitung von weiteren zukünftigen ermessenslenkenden Weisungen, an denen auch Fachexpert\*innen der Zivilgesellschaft beteiligt sind
- langfristig: Einrichtung einer Ombudsstelle zur Vermittlung zwischen Kund\*innen und Ausländerbehörde orientiert am Beispiel Berlins.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> <https://www.berlin.de/sen/inneres/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.994987.php>

## Anhang

Das öffentliche Interesse in Potsdam für eine menschenfreundliche, weltoffene und tolerante Stadt spiegelt sich über Jahre in kontinuierlich betriebenen Aktivitäten, Willensbekundungen, Beschlüssen und Konzepten der Landeshauptstadt wider:

2002: Gründung des Bündnisses „Potsdam! bekennt Farbe“

(<https://www.potsdam.de/kategorie/das-buendnis-potsdam-bekennt-farbe>)

2006: Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)

(<https://www.eccar.info/>)

2008: Das „Neue Potsdamer Toleranzedikt“ beschreibt das Selbstverständnis der Landeshauptstadt als eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft (<https://www.potsdam.de/das-neue-potsdamer-toleranzedikt>)

2013 bis 2015: Teilnahme der Potsdamer Ausländerbehörde als einer von zehn Standorten an dem Modellprojekt „Ausländerbehörde – Willkommensbehörde“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), nach dem die Ausländerbehörde von einer reinen Ordnungsbehörde zur Willkommensbehörde entwickelt werden soll

(<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=21474> ,

<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=25758>)

2016: Beschluss zur „Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen zur Zusammenführung von Flüchtlingsfamilien“ im Jahr 2016 (<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=26092>)

2017: Beschluss des Integrationskonzeptes der LHP 2016-2020 „EINE Stadt für ALLE“ als Fortschreibung des vergangenen Integrationskonzeptes

(<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=26760>)

2017: Beschluss „Aufnahme von Jesidinnen (Yezidinnen) in Potsdam ermöglichen“

(<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=26940>)

2018: Beschluss „SICHERER HAFEN“ (<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=29055>)

2019: Gründung des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ mit der „Potsdamer Erklärung“ und anschließende Koordination durch die LHP (<https://www.potsdam.de/kategorie/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen>)

2019: Beschluss zur Unterstützung und zur Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Umsetzung neuer Leitlinien des Bündnisses Potsdam! bekennt Farbe, nach denen „das Bündnis, wie die Landeshauptstadt, in der Integration von Zugewanderten eine tragende Säule der auf ein demokratisches, solidarisches und chancengleiches Miteinander bauenden Stadtgesellschaft [sieht].“ (<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=29446>)

2019: Potsdam startet als bundesweit erste Modellkommune die Teilnahme an dem Projekt „Weltoffene Kommunen – Vom Dialog zum Zusammenhalt“ (<https://www.potsdam.de/703-potsdam-bundesweit-erste-modellkommune-weltoffene-kommune>)

2020: Beschluss zur „Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge“

(<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=31567>)

2020: Beschluss „Sicherer Hafen II“ zur Beauftragung des Oberbürgermeisters, „sich bei der Brandenburger Landesregierung für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete einzusetzen“

(<https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=31972>)